

Ein 100-Jähriger erinnert sich an die Zerstörung Heilbronn heute vor genau 80 Jahren.

Seite 30



Glühwein-Test auf dem Heilbronner Weihnachtsmarkt: Eine Jury ermittelt die drei besten.

Seite 28



Sogar der T-Rex trägt einen: Die Briten lieben Weihnachtspullis.

Seite 8



HEILBRONNER STIMME

www.stimme.de

Mittwoch
4. Dezember 2024

Zeitung für die Region
Heilbronn-Franken
Hohenlohe
Kraichgau

Nr. 281 · 2,40 Euro

Gesundheit und Polizei wichtiger als Kultur

SÜDWESTEN Die Menschen im Land meinen im jüngsten BaWü-Check, bei Theatern und Museen könnte der Staat sparen

Von unserer Redakteurin
Valerie Blass

Wie viel öffentliche Gelder dürfen Kultureinrichtungen verschlingen? Darüber wurde schon heftig beim Bau der Elbphilharmonie in Hamburg gestritten, einem Mammutprojekt für 866 Millionen Euro, fertiggestellt 2017.

In Stuttgart stehen aktuell die Neubaupläne für das Opernhaus in der Kritik: Die Sanierung wird wohl Jahre länger dauern als geplant, zudem gehen Stadt und Projektgesellschaft von deutlich höheren Kosten als die veranschlagte eine Milliarde Euro aus, wie kürzlich bekannt wurde. Der genau Betrag: unbekannt.

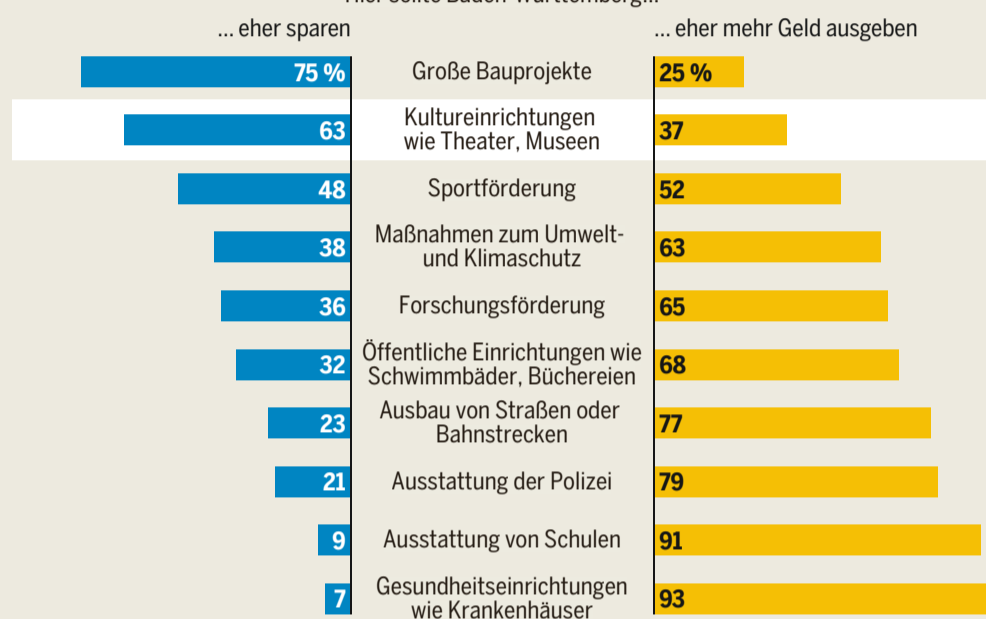
Sind solche Projekte sinnvoll und angemessen? Welchen Stellenwert hat die Kulturförderung für die Menschen im Land? Das fragt der jüngste BaWü-Check des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage. Das Stimmungsbild ist deutlich: Zwar hat Kultur einen festen Platz im Leben vieler Menschen. Die Mehrheit sieht es auch als Aufgabe des Staates, die Kultur zu fördern. Stellt man das jedoch in Konkurrenz zu anderen Aufgaben, gehört die Kulturförderung zu den Bereichen, in denen eine Mehrheit die größten Sparpotenziale sieht.

Reform geplant Knapp zwei Drittel der Bevölkerung findet laut den Forschern, Baden-Württemberg sollte bei Kultureinrichtungen wie Theatern oder Museen lieber sparen. Lediglich bei großen Bauprojekten sollte laut der Befragung noch mehr eingespart werden.

93 Prozent sind dem gegenüber der Meinung, dass der Staat einen höheren Anteil für Gesundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser aufbringen sollte. Im Zuge der Klinikre-

Sparen oder investieren?

Hier sollte Baden-Württemberg...



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
HSt-Grafik, Quelle: Allensbacher Archiv, IHD-Umfrage 6134/III
Illustration: Nuthawut/stock.adobe.com

form wird jedoch eher das Gegenteil passieren. Langfristig sollen mit der Reform effizientere Strukturen geschaffen werden – und Geld eingespart. Das deutsche Gesundheitssystem ist zwar im internationalen Vergleich teuer, bei der Qualität liegt es aber nur im Mittelfeld. Beides soll sich ändern: Komplexe Leistungen werden dafür auf große Zentren konzentriert, in der Fläche wird sich das Angebot künftig auf eine Basis- und Notfallversorgung beschränken. Viele kleinere Krankenhäuser werden schließen müssen, fürchten Kritiker.

Wie für die Gesundheit, so wünscht sich eine Mehrheit der Bürger auch höhere staatliche Ausgaben für die Polizei, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, sowie für öffentliche Einrichtungen wie Schwimmbäder oder Büchereien.

Stadt-Land-Gefälle Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung der Kulturförderung nicht die höchste Priorität einräumt, ist dennoch jeder Zweite überzeugt, dass die Förderung und Unterstützung von Kultureinrichtungen Aufgabe des Staates sein sollte. Nur jeder Vierte sieht sie explizit nicht als Staatsaufgabe. Vor allem Jüngere und Kulturinteressierte sehen den Staat in der Verantwortung. Knapp jeder Dritte ist der Auffassung, dass Baden-Württemberg seiner Aufgabe nachkommt und ausreichend Geld für Kunst und Kultur ausgibt. Etwa 25 Prozent finden, dass das Land dafür mehr Geld ausgeben sollte.

Das kulturelle Angebot wird in Stadt und Land unterschiedlich bewertet: In Dörfern mit weniger als 5000 Einwohnern bewerten nur 46 Prozent das Angebot positiv, 40 Prozent ziehen eine überwiegend negative Bilanz. In kleineren und mittleren Städten mit bis zu 20 000 Einwohnern fällt das Urteil etwas besser aus: Hier bewerten 54 Prozent das Angebot positiv, in Städten mit bis zu 100 000 Einwohnern sind es 62 Prozent. Am zufriedensten sind die Bewohner der Großstädte mit einem Wert von 76 Prozent. Seite 6

Meinung „Einschnitte“

Meinung



Von Uwe Ralf Heer

Kultur-Ausgaben kritisch zu hinterfragen, ist ein Gebot der aktuellen Finanzlage, meint unser Autor.

Einschnitte

Es ist richtig, dass in den allgemeinen Spardebatten alle staatlichen Subventionen auf den Prüfstand kommen. Die repräsentative Umfrage unter der baden-württembergischen Bevölkerung macht zwar den Stellenwert und die Bedeutung kultureller Einrichtungen deutlich, doch horrende Ausgaben für Sanierungen oder Neubauten lehnen die Menschen aus nachvollziehbaren Gründen ab. Es ist ein deutliches Signal, dass zwei Drittel der Befragten bei den Zuschüssen für Museen und Theater Sparpotenzial erkennen. Darüber muss sich niemand wundern. Wenn Schwimmbäder aus Kostengründen geschlossen werden, muss auch die Kultur mit Einschnitten rechnen: Den Menschen liegen eine Verbesserung der Verkehrs-Infrastruktur, die Gesundheitsversorgung oder die Ausstattung von Schulen und Bädern eben mehr am Herzen.

Die Kultur-Verantwortlichen sollten diese Bewertung nicht mit einem Schulterzucken abtun. Es muss sie eher alarmieren, wenn nur 30 Prozent ein gutes kulturelles Angebot im eigenen Ort für besonders wichtig erachten. In Zeiten, in denen harte Einschnitte für die Bevölkerung drohen, muss alles auf den Prüfstand. Solche Zeiten können aber auch positive Aspekte bieten: Was brauchen wir wirklich? Und kann es nicht auch im Kulturbetrieb mehr Synergieeffekte geben?

@ Ihre Meinung?

uwe.heer@stimme-mediengruppe.de

Kurios

Sperrbereich für Münzen

IGERSHEIM Um ihre Schulden zu begleichen, legte eine 58-Jährige mehrere hundert Geldmünzen auf einen öffentlichen Gehweg. Vermutlich um das Geld und vorbeilaufende Passanten zu schützen, sperrte sie den Bereich dann auch noch ab. Da die Frau dafür aber keine Sondergenehmigung vorweisen konnte, könnte es im Nachgang eine Anzeige geben. red

Wirtschaft

Jahresendrunn an der Börse läuft: Dax schließt erstmals über 20 000 Punkte. Seite 9

Kultur

Schauspieler, Fotograf und DJ Lars Eidinger spricht im Carmen-Würth-Forum über seine Kunst. Seite 20

Sport

Topathleten sind wegen einer neuen Startgruppen-Regelung sauer auf den Biathlon-Weltverband. Seite 18

Region

Standbetreiber des Heilbronner Weihnachtsmarktes reagieren auf die „Lumumba“-Debatte. Seite 27



Aktueller Spendenstand

317 127,72 Euro

Kreissparkasse Heilbronn
IBAN: DE96 6205 0000 0000 0102 34
BIC: HEISDE66XXX

Baden-Württembergische Bank
IBAN: DE81 6005 0101 7406 5052 81
BIC: SOLADEST600

VR Bank Heilbronn Schwäbisch Hall
IBAN: DE98 6229 0110 0222 2220 00
BIC: GENODES1SHA

Berichte Seite 22

Nato diskutiert Szenarien

Baerbock schließt Bundeswehreinsatz nicht aus

BRÜSSEL Im Fall eines Waffenstillstandes zwischen der Ukraine und Russland könnten nach den Worten von Bundesaußenministerin Annalena Baerbock auch deutsche Soldaten zur Friedenssicherung eingesetzt werden. Neben Sicherheitsgarantien wie einer Nato-Mitgliedschaft stehe auch eine internationale Präsenz zur Absicherung eines Waffenstillstandes im Raum, sagte die Grünen-Politikerin beim Nato-Außenministertreffen in Brüssel.

In der Nato werden wenige Wochen vor dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump Vorbereitungen für einen möglichen Kurswechsel in der amerikanischen

Ukraine-Politik getroffen. Es gehe darum sicherzustellen, dass die Ukraine mögliche Friedensgespräche mit Russland aus einer Position der Stärke führen könne, erklärte Generalsekretär Mark Rutte bei einem zweitägigen Nato-Außenministertreffen in Brüssel. Dazu brauche es vor allem mehr Militärhilfe.

Die Ukraine bittet bei den Nato-Außenministern um 19 weitere Flugabwehrsysteme gegen russische Luftangriffe. Das Energiesystem müsse im beginnenden Winter besser vor Treffern geschützt werden, sagte der ukrainische Außenminister Andriy Sybiha als Gast bei dem Treffen in Brüssel. dpa Seite 2

Schutzstatus für Wölfe geringer

BERLIN Der Europarat hat den Weg für ein schärferes Vorgehen gegen Wölfe geebnet. Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) warnt nach der Entscheidung in Straßburg vor voreiligen Schlussfolgerungen zur Bejagung des Wolfes. „Der Wolf ist damit nicht mehr zum Abschuss freigegeben.“

Erleichtert äußerte sich Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir über den Beschluss: „Die Entscheidung des Europarates, den Schutzstatus des Wolfs anzupassen, begrüße ich ausdrücklich. Weidertierhaltung und Wolfsschutz können so besser in Einklang gebracht werden“, sagte der Grünen-Politiker. Es brauche klare Regeln. dpa Seite 7

ANZEIGE

24 Türchen
24 Überraschungen

Tolle Gewinnchancen beim meine.stimme-Adventskalender!



meine.stimme